

Warschauer Erklärung

Für gute Industriearbeitsplätze in der europäischen Wehrtechnikindustrie

Gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften, die Beschäftigte in der Wehrtechnikindustrie organisieren

Brüssel, 3. Dezember 2024

Präambel

Angesichts des unrechtmäßigen Einmarschs Russlands in die Ukraine unterstreichen die europäischen Gewerkschaften ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk und verurteilen die russische Aggression aufs Schärfste¹. Wir fordern Russland auf, seinen Krieg sofort zu beenden. Wir fordern den Vorrang der Diplomatie und des Völkerrechts und sind der festen Überzeugung, dass ungeachtet des gegenwärtigen Krieges globale und verbindliche Abrüstungsinitiativen entscheidend für eine friedliche und demokratische Zukunft auf der Grundlage des Multilateralismus für alle sind.

Mehrere europäische Länder haben beschlossen, Waffen an die Ukraine zu liefern, was einen deutlichen Bruch mit ihrer bisherigen Politik darstellt, keine Waffenexporte in aktive Kriegsgebiete zuzulassen. Der Einmarsch und das Ersuchen der Ukraine um militärische Unterstützung haben den jahrzehntelangen Mangel an Investitionen in die europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis (EDTIB) und ihre Arbeitskräfte aufgezeigt. Die Gewerkschaften weisen schon seit Jahren auf diesen Umstand sowie den Fachkräftemangel, die Überalterung der Belegschaft und die Probleme bei der Anwerbung neuer Arbeitskräfte hin. Dies, gepaart mit geringen Investitionen in Industriestandorte, hat die Fähigkeit der Industrie beeinträchtigt, ihre Produktion hochzufahren und die Munitionsziele der EU für die Ukraine zu erfüllen. Dadurch wird auf unfaire Weise Druck auf die Beschäftigten im Wehrtechniksektor ausgeübt. Die Arbeitnehmer*innen fordern eine EU-Industriepolitik für den Wehrtechniksektor, die in die Beschäftigten investiert und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für alle gewährleistet.

Verstärkter Fokus der EU auf Verteidigung

Die Frage der Gewährleistung wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit vor dem Hintergrund wachsender Bedrohungen und Herausforderungen steht zunehmend im Mittelpunkt der Diskussionen auf europäischer und nationaler Ebene.

¹ https://news.industrial-all-europe.eu/documents/upload/2022/7/637938416888707024_radeUnions4Peace-iAStatementWarUkraine-EN.pdf

Infolge des Krieges in der Ukraine hat die EU konkrete Probleme im Zusammenhang mit der europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis (EDTIB) festgestellt, darunter Fragmentierung und mangelnde Standardisierung. Aus diesem Grund wurde 2023 die erste [Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie \(EDIS\)](#) mit einem begleitenden [Europäischen Programm für die Verteidigungsindustrie \(EDIP\)](#) veröffentlicht, über das die EU-Institutionen noch verhandeln.

Der Wehrtechniksektor wurde auch im jüngsten [Draghi-Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU](#) hervorgehoben. Der Bericht enthält eine Liste von zehn konkreten Vorschlägen, die den neuen politischen Entscheidungsträger*innen in der EU vorgelegt werden, darunter die Aufstockung der Mittel sowie die Verstärkung der Koordinierung und die Entwicklung einer mittelfristigen EU-Industriepolitik für den Sektor. Viele dieser Vorschläge wurden in das Missionsschreiben der Kommissionspräsidentin an den [designierten Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt](#) aufgenommen.

IndustriAll Europe erkennt den Wunsch der EU an, eine stärkere geopolitische Rolle zu spielen, auch bei der Verhängung von Sanktionen gegen Russland, sowie ihre Bemühungen, der Ukraine zusätzliche wehrtechnische Dienstleistungen zu erbringen und entsprechende Produkte zu liefern. Die Verteidigungspolitik ist jedoch nach wie vor eine Frage der nationalen Souveränität, und EU-Initiativen wie EDIS oder EDIP, die auf eine verstärkte zwischenstaatliche Zusammenarbeit abzielen, müssen die Zuständigkeiten der EU und der Mitgliedstaaten sowie die nationalen Verteidigungsfähigkeiten und -bedürfnisse berücksichtigen. Auch die wichtige Rolle der NATO für viele EU-Mitgliedstaaten muss berücksichtigt werden.

Die Gewerkschaften betonen außerdem, dass EU-Initiativen in den Bereichen Verteidigung oder Sicherheit nicht auf Kosten des sozialen Fortschritts, der Arbeitnehmerrechte und der Arbeitsbedingungen gehen dürfen. Es muss gewährleistet sein, dass die Mittel für Initiativen in den Bereichen Verteidigung oder Sicherheit unter keinen Umständen durch eine Kürzung der Mittel für soziale Ziele bereitgestellt werden. Für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für den Wehrtechniksektors müssen wie für jeden anderen Sektor, der öffentliche Mittel erhält, strenge soziale Auflagen gelten.

Die Rolle der Beschäftigten im Wehrtechniksektor

In den hochrangigen EU-Diskussionen über die Zukunft des EU-Verteidigungssektors erinnert industriAll Europe die politischen Entscheidungsträger*innen der EU und die Verteidigungsunternehmen daran, wie wichtig die Beschäftigten sind. Das [EU-Gesetz zur Unterstützung der Munitionsproduktion \(ASAP\)](#) ist ein typisches Beispiel dafür. IndustriAll Europe und die Gewerkschaften mussten dafür kämpfen², dass der Vorschlag der Mitgliedstaaten, die EU-Arbeitszeitrichtlinie nicht einhalten zu müssen, gestrichen wird. Der Gedanke, Beschäftigte zu längeren Arbeitszeiten zu zwingen, ist inakzeptabel, und es liegt in der Verantwortung der Unternehmen und der Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, um die Nachfrage zu decken. **Die Arbeitnehmerrechte müssen geschützt werden**, einschließlich hoher Standards für den Arbeits- und Gesundheitsschutz (sowohl physisch als auch psychosozial), insbesondere in Zeiten hoher Nachfrage.

² <https://news.industrial-all-europe.eu/Article/914>

Ohne Arbeitnehmer*innen gibt es keine EU-Verteidigungsindustrie. Wir wollen sicherstellen, dass es sich bei den rund 500.000 Arbeitsplätze, die mit der Verteidigungsindustrie verbunden sind, um hochwertige und gute Arbeitsplätze handelt. Investitionen in die EDTIB sind von zentraler Bedeutung. Gleiches gilt aber auch für Investitionen in die Menschen, einschließlich Umschulung, Weiterbildung sowie Anwerbung und Schulung neuer Arbeitnehmer*innen. Der Wehrtechniksektor ist ein hoch qualifizierter Sektor mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, es ist jedoch nicht möglich, die Produktion von heute auf morgen hochzufahren. Eine Aufstockung der Produktion erfordert Zeit und Investitionen, auch in die Einstellung und angemessene Ausbildung/ Schulung neuer Arbeitnehmer*innen. **Der soziale Dialog ist in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung, und die Sozialpartner müssen zusammenarbeiten, um Veränderungen im Wehrtechniksektor abzubilden und zu antizipieren und so sicherzustellen, dass Standorte und Belegschaften vorbereitet sind.**

Angesichts der steigenden Nachfrage nach Verteidigungsgütern und -dienstleistungen und der Vorschläge zur Aufstockung der EU-Ziele und -Finanzierung für diese in Europa hergestellten Produkte besteht industriAll Europe auf **fairen Investitionen in ganz Europa**. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Regionen davon profitieren und dass bestehende Arbeitsplätze gesichert und in allen europäischen Regionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wobei die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Ukraine zu prüfen ist. Da der Wehrtechniksektor von der Verteidigungspolitik und den Verteidigungsausgaben abhängt, muss der Beschäftigungssicherheit besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, und es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Arbeitsplätze zu erhalten, gegebenenfalls auch durch Investitionen in die Produktion von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck.

Mit der Forderung nach einer mittelfristigen Strategie für die Verteidigungsindustrie und einem Weißbuch über die Zukunft der europäischen Verteidigung in den ersten 100 Tagen der neuen Europäischen Kommission **fordert industriAll Europe eine auf die Beschäftigten ausgerichtete Strategie für die Wehrtechnikindustrie, die gute Industriearbeitsplätze für alle gewährleistet.**

Die europäischen Gewerkschaften der Wehrtechnikindustrie sind sich über die folgenden Grundsätze einig und legen folgende Forderungen vor:

- Konkrete **langfristige Investitionen in den europäischen Wehrtechniksektor**, von Forschung und Entwicklung über hochmoderne Produktionsanlagen bis hin zur Sicherung hochqualifizierter und kompetenter Arbeitskräfte.
- **Faire Investitionen in ganz Europa**, um sicherzustellen, dass alle Regionen davon profitieren und dass bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue in allen europäischen Regionen geschaffen werden, wobei die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Ukraine zu prüfen ist.
- Öffentliche Mittel für Verteidigungs- oder Sicherheitsinitiativen dürfen **nicht auf Kosten von Mitteln für soziale Ziele** gehen.
- Alle Beteiligten, einschließlich der Gewerkschaften, müssen gemeinsam auf die **Schaffung einer starken europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis** hinarbeiten, um die derzeitigen Investitionslücken zu schließen und die Beschaffung von in Europa hergestellten Verteidigungsgütern und -dienstleistungen zu steigern.

- **Wehrtechnikunternehmen** müssen in ihre Standorte und Beschäftigten **investieren** und **alle öffentlichen Mittel an soziale Bedingungen geknüpft werden**.
- **Einbindung der Gewerkschaften in die Überwachung der Investitionspläne der Unternehmen** unter Wahrung der Qualität des sozialen Dialogs, des Rechts der Arbeitnehmer*innen auf Unterrichtung und Anhörung sowie der Tarifverträge.
- **Uneingeschränkte Achtung von Tarifverhandlungen und der Arbeitnehmerrechte**, einschließlich der EU-Arbeitszeitrichtlinie. EU-Ziele sind keine Entschuldigung für erzwungene Überstunden.
- Vollständige Einhaltung **hoher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards**, einschließlich psychosozialer Risiken.
- **Detaillierte Analyse und Kartierung** zwischen den Sozialpartnern und den politischen Entscheidungsträger*innen in Bezug auf die künftige Produktion, um sicherzustellen, dass sowohl die Standorte als auch die Arbeitskräfte umfassend vorbereitet sind.
- Einen **gerechten Strukturwandel** für alle Arbeitnehmer*innen und Regionen im Hinblick auf den grünen und digitalen Wandel.
- **Gerechte Verteilung der EU-Mittel**, um sicherzustellen, dass alle wehrtechnikproduzierenden Regionen davon profitieren und keine Arbeitnehmer*innen zurückbleiben.
- Die Sozialpartner sollen die Möglichkeit des **Dual-Use-Ansatzes** prüfen, um die Arbeitnehmer*innen angesichts der zyklischen Natur des Sektors in Arbeit zu halten.
- Eine **ehrgeizige Qualifizierungsstrategie für die Wehrtechnikindustrie**, einschließlich der Antizipation des Wandels, Investitionen in die Umschulung und Weiterbildung sowie verstärkte Bemühungen, neue junge Arbeitnehmer*innen für die Zukunft zu gewinnen.
- **Qualitativ hochwertige Industriearbeitsplätze** für alle Beschäftigten der Verteidigungsindustrie in ganz Europa.